Riesenüberschuß der Reichsanstalt — Verschärfte Not der Erwerbslosen!

Her mit der Winterhilfe, her mit erhöhter Unterstützung! Rüstet zum Kampftag der Erwerbslosen am 3. November 1932

Die neuesten amtlichen Ziffern über die Finanzen der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung ergeben, daß die Reichsanstalt infolge der drakonisch herabgesetzten Leistungen riesige Ueberschüsse erzielt. Zu der geringfügigen Winterzulage für 5 Prozent der Arbeitslosen gibt die Reichsanstalt keinen Pfennig Zuschuß; die dafür erforderlichen, allerdings geringen Mittel werden in vollem Umfange von der Reichsanstalt aufgebracht, die außerdem unvergleichlich viel größere Summen zur Finanzierung des Freiwilligen Arbeitsdienstes gibt.

Seit 1. April hat außerdem die Reichsanstalt der Reichskasse zu allgemeinen Ausgaben 160 Millionen Mark zur Verfügung gestellt und sie will in Kürze weitere 200 Millionen abführen.

Abgesehen davon rechnet der Vorstand der Reichsanstalt für das zweite Halbjahr 1932 mit einem Ueberschuß von 200 Millionen Mark. Und dabei verschärft sich die Notlage der Millionen Arbeitslosen von Tag zu Tag!

Bei der Propagierung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes in seiner kapitalistischen Form in den Jahren 1926 und 1927 haben SPD.- und ADGB.-Führer immer den Rechtsanspruch in den Vordergrund gestellt. „Ihr braucht nicht mehr um Unterstützung zu betteln, ihr habt das Recht, Unterstützung zu fordern!" Die Arbeiter wissen, was aus dem Rechtsanspruch geworden ist. Die riesigen Beiträge werden nach wie vor vom Lohn abgezogen. Daß

die Arbeitslosenversicherung nichts weiter als eine neue Steuerquelle

darstellte, dafür folgender Nachweis.

In der Zeit vom 1. Juni 1925 bis zum 30. Juni 1926 hat das Reich in der Arbeitslosenfürsorge bei einer Durchschnittszahl von 1,1 Mill. Hauptunterstützungsempfängern zu den Gesamtausgaben von 627,9 Mill. Mk. 366,5 Mill. Mk. Zuschüsse geleistet. Das machte auf den Kopf des Unterstützungsempfängers für das Jahr zirka 300 Mark aus. Im ersten Jahre der Arbeitslosenversicherung vom 1. Oktober 1927 bis 30. September 1928 wurden aus Beiträgen 727,8 Millionen Mark eingenommen, wovon die Hälfte, also zirka 365 Millionen Mark, aus den Taschen der Arbeiter stammen. Der Zuschuß des Reiches betrug noch ganze 15 Millionen, was auf den Kopf des Unterstützungsempfängers (Durchschnittszahl 1,2 Millionen) rund 13 Mark ausmacht. In dieser Zeit wurde nicht eine einzige, die Arbeiter belastende Steuer abgebaut. Als sich jedoch dieses Geschäft noch nicht rentabel genug zeigte und im Rechnungsjahr 1929 infolge des rapiden Ansteigens der Arbeitslosenzahl die Reichszuschüsse erhöht werden mußten, da

war es der Sozialdemokrat Wissell, der durch seine Novelle jene Abbaumaßnahmen einleitete, die heute von der Arbeitslosenversicherung nur noch das Beitragszahlen übrig gelassen haben. Die Leistungen erfuhren einen Abbau nach dem anderen, die Beiträge aber gingen mehr und mehr in die Höhe.

Wer hat also den Weg des rücksichtslosen Abbaues eingeleitet? Der Sozialdemokrat Wissell! Wer hat die Notverordnungen der Brüningregierung, die den Abbau verschärft fortsetzte, toleriert? Die SPD.-Führer! Wer hat nichts dagegen einzuwenden gehabt, daß die Reichsanstalt trotz des rapiden Anwachsens der Arbeitslosenziffer und auf Kosten der hungernden Erwerbslosen Reserven ansammeln konnte? Die ADGB.- und SPD.-Führer!

Wenn sich nun auch die SPD.-Presse demagogisch darüber „entrüstet", daß die Reichsanstalt unter Papen im Zeichen der größten Arbeitslosennot Ersparnisse macht, dann soll nicht vergessen werden, daß bereits am 17. Februar der Präsident Syrup im Reichsverwaltungsrat berichtete, daß es im Winter 1931 mit Hilfe der von der SPD unterstützten Brüning-Notverordnungen möglich gewesen sei, 105 Millionen Mark Reserven anzusammeln.

Wenn die Reichsanstalt heute bereits damit rechnet, daß für das laufende Rechnungsjahr trotz Krise und Massenarbeitslosigkeit, trotz ständigem Lohnabbau eine Milliarde Beitragsgelder in ihre Kassen fließen, von denen der größte Teil für Verwaltungs- und andere Zwecke verwandt wird, nur nicht zur Unterstützung der Erwerbslosen, dann ist es um so unerhörter, daß die Arbeitslosenunterstützung nur für 5 Prozent der Erwerbslosen ganz geringfügig erhöht wurde.

Um so mehr sollten die Massen der Arbeiter und Arbeitslosen dafür den Kampf führen, daß

jeder Pfennig den Erwerbslosen

zugute kommt, daß Beiträge nur von den Unternehmern erhoben werden und alle Arbeitslosen ausreichende Unterstützung erhalten.

Dafür gilt es, am Kampftag der Arbeitslosen, am 3. November, ein Massenbekenntnis abzulegen! Darum gehört

jede Arbeiterstimme am 6. November der Liste 3, der Kommunistischen Partei, die als einzige antikapitalistische Partei die Millionen Werktätigen für die Sicherung ihrer Lebensinteressen in der Einheitsfrontaktion zum Kampf mobilisiert!

Achtung! Sozialfaschistischer Wahlkrampf!

SPD-Flugblätter mit dem Kampfabzeichen der Antifaschistischen Aktion

In Dresden werden Flugblätter und Handzettel, die vom Bezirksbonzen der SPD Ostsachsens, Sander, verantwortlich gezeichnet werden, vertrieben, auf denen das Kampfabzeichen der Antifaschistischen Aktion enthalten ist, in das die Losung hineingezeichnet wurde: „Antifaschisten — Nur Liste 2!"

Mit dieser Methode will die Sozialdemokratie offenbar ein Durcheinander in der Kampffront der Antifaschistischen Aktion anstiften. Daß sie überhaupt eine solche Methode des Wahlkampfes wählen muß, zeugt von ihrer panischen

Angst vor dem Masseneinfluß der Antifaschistischen Aktion auch auf die SPD-Arbeiter

Sorgt durch breiteste Massenaufklärung dafür, daß alle Betrugsmanöver und Krampfaktionen dieser Gegner des konsequenten antifaschistischen Massenkampfes unwirksam bleiben. Rüttelt alle Arbeiter und auch die sozialdemokratischen Klassengenossen

auf für die Liste 3!

Zittauer Bauarbeiter stehen im Streik

Zittau, den 28. Oktober.

Die Belegschaft der Baustelle Kahle im Ortsteil Großporitsch ist heute früh in den Streik getreten. Der Unternehmer hatte auf Grund der Notverordnung schon vor vierzehn Tagen einen Lohnabbau von 30 Prozent für die 31. bis 40. Stunde durchgeführt und gleichzeitig die Arbeitszeit auf 40 Stunden herabgesetzt. Gestern sprach ein Vertreter der RGO zu der Belegschaft und wies ihr nach, daß sie nur im Streik den alten Lohn zurückerobern kann. Darauf wurde der Streikbeschluß gefaßt und eine Kampfleitung gewählt, die sich aus je zwei Kollegen des Baugewerksbundes und der RGO zusammensetzt.

Ein Mitglied der Streikleitung gehört der SPD an. Von der 23 Mann starken Belegschaft sind heute früh noch zwei als Streikbrecher auf die Baustelle gegangen. Die Streikenden werden alles daransetzen, diese beiden von der Schändlichkeit ihres Verhaltens zu überzeugen.

Die Belegschaft ist entschlossen, den begonnenen Kampf bis zur bedingungslosen Zurücknahme des Lohnabbaues fortzusetzen.

Es bleibt beim Papenkurs

Braun-Severing unterwerfen sich der Kommandogewalt des Reichskommissars. Die „Volkszeitung" will ihr Betrugsmanöver fortführen. Durchkreuzt ihren Schwindel

Nachdem die sozialdemokratische Presse die Entscheidung des Staatsgerichtshofes vorgestern vorlaut und überschwenglich als „großen politischen Erfolg" gefeiert hat, tutet sie gestern schon leisere Töne und die Dresdner Volkszeitung erhebt höchst beklommen die Frage: „Was tut Hindenburg?"

Diese Frage wird groß an der Spitze der ersten Seite gestellt. Das geschah — wohlgemerkt — an demselben Tage, an welchem eine Erklärung Hindenburgs, des mit sozialdemokratischer Hilfe gewählten Reichspräsidenten, bekannt wurde, wonach

Hindenburg nach wie vor hinter dem Kanzler Papen steht und ihm sein vollstes Vertrauen ausspricht.

Wie die Blätter berichten, erwägt die Papenregierung durch Verordnung einzelne preußische Ministerien einzuziehen und eventuell mit den entsprechenden Reichsministerien zusammenzulegen. Also durch Artikel-48-Verordnung eine Reichsreform durchzuführen. Papen hat als Reichskommissar für Preußen jetzt geradezu demonstrativ neue Personalveränderungen in Preußen vorgenommen und demokratische und sozialdemokratische Personen entfernt und andere an ihrer Stelle ernannt.

Alle diese Maßnahmen kennzeichnen, wie recht die KPD hat, wenn sie das Leipziger Urteil als eine Legalisierung der Staatsaktion vom 20. Juli kennzeichnet, und wie die SPD schwindelt.

Die Papenregierung will sich jetzt lediglich der SPD in stärkerem Maße zur Durchführung ihrer Maßnahmen bedienen.

In diesem Sinne wird morgen der SPD.-Ministerpräsident der alten Preußenregierung — Braun — von Hindenburg in Gegenwart von Papen empfangen werden.

Die SPD ist bereit, Hindenburg und Papen noch mehr als bisher zu unterstützen. Sie setzt ihre Kapitulationspolitik vom 20. Juli fort.

Darüber täuscht auch noch so lautes Siegesgeheul nicht hinweg, durch das die SPD.-Arbeiter getäuscht werden sollen. Die Kapitulation der Sozialdemokratie geht soweit, daß sich

die Braun-Severing-Regierung dem Kommando Brachts unterstellt,

der inzwischen einen Erlaß an alle Beamten gerichtet hat, worin er sie zum Gehorsam gegenüber dem durch Hindenburg am 20. Juli eingesetzten Reichskommissar ausdrücklich verpflichtet.

Der Vorwärts hat darauf am 26. Oktober lediglich geantwortet: „Das mag an sich schon richtig sein, aber es wäre unseres Erachtens ein Gebot der Loyalität gewesen, wenn sich der Reichskommissar diesbezüglich vorher mit der legalen preußischen Staatsregierung ins Benehmen gesetzt hätte."

Der Vorwärts hat also gegen den Bracht-Erlaß selbst nichts einzuwenden, als daß Bracht nicht in noch engerer Zusammenarbeit mit Braun-Severing diesen Erlaß herausgebracht hat. Und diese Frage der Zusammenarbeit liegt der Sozialdemokratie überhaupt nur am Herzen. So erklärte Otto Braun am 28. Oktober auch vor den Vertretern der Presse:

„Preußen und das Reich müssen einen Modus finden, der ein reibungsloses Arbeiten gewährleistet."

Damit bekräftigt Braun also, daß er und die ganze alte Preußenregierung zur willigen Durchführung der ganzen Papenpolitik bereit sind.

Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen aus alledem die Lehre ziehen, daß die sozialdemokratischen Führer nur treue ausführende Organe der Papenpolitik sein wollen.

Der unmittelbarste Ausdruck dieser Politik der SPD-Führung ist die Organisierung des Streikbruchs in den Wirtschaftskämpfen der Arbeiter gegen Lohnabbau.

Die Arbeiter haben insbesondere bei der Streikbewegung gesehen, daß als einzige Partei die Kommunistische Partei die streikenden Arbeiter und die kämpfenden Arbeitslosen unterstützt hat. Darum stimmen die werktätigen Massen auch am 6. November für die von der herrschenden Klasse verfolgte Kommunistische Partei, für Liste 3!

Streik in Faßfabrik Grühmann, Freital

Die gesamten Böttcher und Hilfsarbeiter dieser Firma sind am Freitag in den Streik getreten. Die Firma ist aus dem Arbeitgeberverband ausgetreten und diktiert seit langem Löhne, die 10—15 Pfennig pro Stunde unter den Tariflöhnen liegen. Der Unternehmer scheute sich nicht, den Beschäftigten Reverse zur Unterschrift vorzulegen, womit diese bestätigen sollten, daß sie mit dem Lohndiktat einverstanden sind.

Wer damit nicht einverstanden war, flog rücksichtslos auf die Straße. Darauf haben die Böttcher und Hilfsarbeiter [illegible] mit der Streikaufnahme geantwortet. Sie sind sich der Solidarität der gesamten Arbeiterschaft gewiß und müssen nunmehr [illegible] die konsequente eigene Führung ihres Kampfes die Garantie für dessen Erfolg und Sieg schaffen!

Liste 3 beherrscht die Arbeiterstraßen

Drei-Pfeile- und Nazifahnen weichen dem Banner der Antifaschistischen Aktion!

Zur Parteileitung Leuben im Dresdner Stadtteil 5 kamen in den letzten Tagen verschiedentlich sozialdemokratische Einwohner mit ihren, noch zur letzten Reichstagswahl vor den Fenstern hängenden Fahnen und verlangten von unseren Genossen, daß sie die drei Pfeile entfernen und durch Hammer und Sichel ersetzen sollen, da sie nur noch Fahnen der Antifaschistischen Aktion aus den Fenstern hängen wollten.

Ein anderes Beispiel, daß die Liste 3 bei guter Arbeit unserer Genossen die Straße beherrscht, liefert dieselbe Ortsgruppe. Noch bei der letzten Wahl hingen aus den Fenstern des Hauses Guerickestraße fünf Nazifahnen und eine der SPD. Jetzt wehen an demselben Haus fünf Fahnen mit Hammer und Sichel für die Liste 3 und nur ein einsamer Hakenkreuzfetzen ist übriggeblieben. Im Grundstück eines Kohlenhändlers an einer der verkehrsreichsten Straßen des Ortes konnten unsere Genossen eine große Werbetafel anbringen, auf der Wahlplakate und [illegible] zur Wahl auffordern. All diese Werktätigen, die sich hier aktiv für die Werbearbeit der KPD einsetzen, sind keine Mitglieder der Partei, sondern Werktätige, die im Verlauf der Entwicklung begriffen haben, daß die Partei der Kommunisten die Partei aller Ausgebeuteten ist und ihre Kämpfe organisiert und führt.

Schafft allerorts solche Beispiele. Macht in allen Parteieinheiten, in allen Massenorganisationen zur Pflicht, daß jede Arbeiterstraße, jedes Haus zum Transparent für die Liste 3, für den Kampf um Freiheit und Brot, für den Sozialismus wird.

Vorbildliche Abrechnung!

Die nachgenannten Kolporteure haben die Abonnementsgelder für die Arbeiterstimme bereits bis zum 25. Oktober restlos abgerechnet:

Braunsdorf, Colmnitz, Coswig, Cunnersdorf, Dittelsdorf, Dresden-A. (Arnhold), Dresden-Cotta, Dresden-Johannstadt (Kuckel), Dresden-Seidnitz, Freital-Deuben (Kandler), Großneundorf, Großzadersdorf, Großschönau, Grunau-Schönfeld, Oberlichtenau, Oldersdorf, Ostritz, Ottendorf bei Pirna, Pirna-Copitz (Giesmann), Pirna (Fischer), Pirna-Jessen, Pirna-Rottwerndorf, Prachwitz, Reibersdorf, Reichenau, Reichenberg, Schlegel-Burkersdorf, Tharandt, Trattlau-Wanscha, Ulbersdorf, Ullersdorf, Weigsdorf-Köblitz, Wildberg, Wilschdorf, Wilthen, Zaukendorf, Zitschewig, Zschachwitz (Kind), Zschachwitz (Reimann).

Was diesen 40 Kolporteuren möglich ist, sollte es nicht auch den anderen Orten, die die Arbeiterstimme erhalten, möglich sein? Genossen, erkennt, daß nur durch die gute Fundamentierung der finanziellen Basis Verlag und Redaktion imstande sind, allen Verpflichtungen und Anforderungen in vollem Umfange zu entsprechen und daß es nur dadurch möglich ist, die Zeitung so auszubauen, wie das im Interesse der Gewinnung neuer Schichten von Lesern notwendig ist! Helft am Ausbau eurer Zeitung!

Verlag der Arbeiterstimme.

Kampffonds, die Parole!

Habt ihr schon jeden Haushalt der Werktätigen besucht?, habt ihr schon jeden Kollegen an der Werkbank aufgefordert, den Kampffonds der Partei zu stärken?! Der Dresdner Stadtteil 5 meldet heute, daß er sein Sammelsoll zu 89 Prozent erreicht hat, können das alle von sich behaupten?!

Von dem gestellten Soll, 350 Mark, hat der Stadtteil bis jetzt 305 Mark erreicht. An dieser Summe sind die einzelnen Ortsgruppen mit folgenden Ergebnissen beteiligt: Niedersedlitz 34 Mark; Lockwitz 26 Mark; Seidnitz 5 Mark; Zschachwitz 40 Mark; Zschieren 32 Mark; Laubegast 73 Mark; Dobritz 50 Mark; Leuben 45 Mark.

Genossen aller Ortsgruppen und Zellen! Entfaltet die größtmöglichste Aktivität für die Sammlung! Tragt Groschen um Groschen zusammen, es ist Munition für den Kampf, für die Liste 3!